

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagspreis: Sammelnummer 28 241.
Preis für Nachgelieferter: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zeitung monatlich 6,50 RM., vierteljährlich 19,50 RM., durch d. Post bei tagl. zweimal. Versand monatlich 6 RM., vierteljährlich 18 RM.
Die 10p. Ausgabe 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Einzeligen unter 1000 Pf. u. Wohnungsanzeigen, 10p. Ausgabe 25 Pf. u. Wohnungsanzeigen laut Tarif. Anzeigen-Preise. Vorauszahlung. Einzelpreise 2. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 10 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. -- Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Massenflucht deutsch-polnischer Wehrfähiger

Die polnischen Einziehungen.

Menschen, 30. Juni. Der „Dena“ wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt: Die Lage der Deutschen im Soldatengebiet wird von Tag zu Tag veräuselt. Die durch die allgemeine Einziehung hervorgerufene Flucht der Militärpflichtigen nimmt täglich einen größeren Umfang an. In Abteilungen bis zu 100 Mann brechen die bedrängten Deutschen über die Grenze auf deutsches Gebiet durch. Die Polen versuchen mit den schärfsten Maßnahmen, die Abwanderung zu verhindern. In Soldatensoldaten sind Kompanien aus Graudenz eingetroffen, die zur sofortigen Abperrung der Grenze ausgerückt sind. An der Grenze sind Maschinengewehre aufgestellt, deren Bedienung der Befehl erteilt wurde, alle Flüchtlinge niederzuschießen. Die allgemeine Musterung ist in Soldat für den 3. Juli angelegt. Heute morgen lagerten vor dem Regierungsgebäude in Allenstein über 100 deutsche Flüchtlinge aus Soldat. Es waren Leute aus allen Schichten der Bevölkerung, Landwirtsöhne, Angestellte, Arbeiter aller Berufe, jüngere und ältere Leute, die sich trotz der scharfen Abperrung der polnischen Grenze nach Deutschland durchschlugen. Die Stimmung der Leute ist außerordentlich niedergeschlagen. Durchweg haben sie schon im deutschen Heere gedient. Wie sie angeben, ist die Flucht nicht ohne Verluste vor sich gegangen. In der Nacht war an der polnischen Grenze wieder lebhaftes Feuer zu hören. Es soll Tote und Verwundete gegeben haben.

Die polnisch-russischen Kämpfe.

Saag, 1. Juli. Dessa steht kurz vor der Einnahme durch die Poltschewen. Es kam zu schweren Kämpfen an der Dnjestr-Linie. Die Polen flüchten unter Hinterlassung großer Mengen Kriegsmaterials.
Rotterdam, 1. Juli. (Privatmeld.) „Dain Post“ meldet aus Warschau: Die Polen dementieren, daß Bemberg von ihnen geräumt wird. Dagegen haben die ausländischen Konsulate Bemberg am 26. Juni verlassen.

Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Stettin, 1. Juli. Die Streikbewegung in Pommern hat nunmehr, wie schon kurz berichtet, auch auf den Kreis Belgard übergegriffen. Es wird heute auf etwa 17 Gütern gestreikt. Auf mehreren Gütern wurde die technische Nothilfe eingeleitet. In Groß-Tuchow, Döppenberg und Wilhelmsdorf wurde die technische Nothilfe, sowie Arbeitswillige bei Verrichtung der Nothandarbeiten von bewaffneten Streikenden angegriffen. Auch im Kreis Belgard ist der Streik keineswegs wirtschaftlich begründet, sondern als politische und wirtschaftliche Nothilfe rein kommunistischen Charakters vom Parteizentrum aus. Ein Arbeiter vom Landarbeiterverband erklärte u. a., wenn er nach Belgard telephonierte, hätte er morgen 100 Gewehre und eine Kanone.

Die Lebensmittelkrawalle in Lübeck.

Lübeck, 30. Juni. Am Laufe des gestrigen Nachmittags wurden mehrere Geschäfte geplündert. Insgesamt sind weit über 100 Geschäfte der Bekleidungs- und Schuhwarenbranche angeplündert worden. Auch bei den Lebensmittelgeschäften ließen sich wilde Szenen abspielen. Die Polizei mußte wiederholt von der Schutzwehr Gebrauch machen. Bisher sind drei Tote festgestellt. Abend verliefte der Staat den Ausnahmezustand und ließ durch Einwohnerwehr und Polizeimannschaften die Hauptstraßen absperren. Um Mitternacht schien der Hauptsturm vorüber zu sein.

Gegen den Kirchenwucher

teilt die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin mit, daß der Groß- und Kleinhandel dringend ermahnt wird, alles zu tun, was eine Senkung der letzten Preise für Obst und Gemüse herbeizuführen geeignet sei. Auch das Publikum wird dringend gebeten, unerschöpfliche Preise abzulehnen, und namentlich nicht durch hohe Angebote die Preise unnötig zu steigern.

Ungetreuer Betriebsrat.

Aus Halle wird dem „Berl. Vol.-Anz.“ gemeldet, daß der Vorsitzende des Betriebsrates von Golpa, der weder, die von den Arbeitern zur Unterstützung der Opfer des Stapp-Entsatzes gesammelt worden waren, unterzählt hat, verhaftet worden ist. Der gesamte Betriebsrat ist von seinem Amte zurückgetreten.

Verkauf des preussischen Herrenhauses an das Reich?

Der Reichswirtschaftsrat hat zurzeit kein festes Heim, seine Plenarsitzungen hält er im alten preussischen Herrenhaus ab, seine Ausschüsse im früheren Kriegsministerium. Das Reich will, wie wir hören, der preussischen Regierung den Vorschlag machen, das Herrenhausgebäude für den Reichswirtschaftsrat zu kaufen, nachdem das Ministerium für Volkswirtschaft sein jetziges provisorisches Heim im Herrenhaus geräumt hat. Dieses Ministerium soll im früheren Kriegsministerium nach erfolgtem Umbau dieses Gebäudes untergebracht werden.

Lord George über den deutschen Zusammenbruch.

London, 30. Juni. Lord George hielt dieser Tage eine Rede, in der er u. a. auch die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs berührte. Der Ministerpräsident sagte darüber: Im Kriege gab es in Deutschland eine geradezu vollkommene Maschinenrie. Warum verlor sie? Wesen Sie die Mängel, die die großen Führer Deutschlands geschrieben haben. In der Maschinenrie ist kein Fehler. Der Fehler war der, daß kein Geist im Volk war! Was hatten wir in England? Keine Maschinenrie. Die Maschinenrie mußte mitten in den kriegsfeindlichen Zeiten aus dem Boden gehampft werden. Nichts war da, kein Meer, keine Ausdrückung, aber ein großer patriotischer Geist und erhebender Geist war mit einem Schlag zu spüren. Das bewirkte er? Es gab Klassenunterschiede, Rassenunterschiede, Sektenunterschiede. Wir hatten Klassenkonflikte, religiöse Konflikte, politische Konflikte, Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit. Alle diese Schwanden mit einem Male dahin. Warum? Weil der große Geist, der nur einen Zweck kannte, das ganze Land durchwehte.

Foch gegen militärische Zugeständnisse an Deutschland.

Genf, 1. Juli. (Privatmeld.) „Journal“ meldet: Marshall Foch hat den alliierten Kabinetten ein Memorandum für die Konferenz in Spa gegeben, das sich gegen militärische Zugeständnisse an Deutschland ausspricht. Foch wird sein Gutachten und seine Anträge in Spa vorzulegen begründen.

Frankreich und die deutschen Ablieferungen.

Genf, 1. Juli. (Privatmeld.) „Berl. Journal“ meldet: Mitterand empfing den Vorsitzenden der französischen Wiederherstellungskommission. Dem Ministerpräsidenten wurde ein Bericht der Wiedergutmachungskommission für die Spaer Konferenz übergeben, der die deutschen Ablieferungen auf Grund des Friedensvertrages für nicht genügend erklärt und die Ansprüche Frankreichs an Deutschland für die nächsten sechs Monate enthält.

Die neuen Diäten für Parlamentsmitglieder

Ein Entwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages ist dem Reichstage zugegangen, er erhöht, wie bereits berichtet, die bisherigen Diäten von 1000 auf 1500 Mark monatlich. Die ostpreussischen Abgeordneten erhalten für ihre Fahrten auf polnischen Eisenbahnen oder die Benutzung des Seeweges Erstattung der Fahrkosten. Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates erhalten für die Zeit der Tagung des Reichstages freie Eisenbahnfahr- und eine Aufwandsentschädigung von täglich 100 Mark bei Groß-Berlin 30 Mark für den Sitzungstag; für Ein- und Rückreise erhalten die Mitglieder, die außerhalb Groß-Berlins wohnen, bei Beginn und Schluss der Tagung je 100 Mark, sofern für den Tag keine Aufwandsentschädigung gezahlt ist. Der Präsident des Reichstages erhält eine Gesamtaufwandsentschädigung von 1500 Mark für jeden begonnenen Monat seiner Tätigkeit.

Die Mehrheitssozialisten und der Mißtrauensantrag der Unabhängigen.

Berlin, 1. Juli. Ueber den in der gestrigen Reichstagsung von den Unabhängigen eingebrachten Mißtrauensantrag hat, wie der „Vorwärts“ schreibt, die Sozialdemokratische Fraktion gestern abend nach Schluss der Reichstagsung bereits eingehend verhandelt. Sie ist zu dem einstimmigen Entschlusse gekommen, ihn abzulehnen. Die Unabhängigen verfolgen mit ihrem Antrage augenscheinlich nur Demonstrationszwecke.

Die Postbeamten und Giesberts.

Berlin, 1. Juli. Der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamter (die größte Postorganisation Deutschlands) betont, daß er den Freiberatern gegen den Reichspostminister Giesberts vollständig fernstehe. Er warnt seine Mitglieder, sich von seinen Gruppen als Vorposten mißbrauchen zu lassen. Die Mehrzahl der Postbeamten würde die Befestigung des wegen seiner sozialen Auffassung allgemein geachteten Ministers Giesberts als einen Verlust betrachten.

Die Engländer in Mesopotamien.

London, 30. Juni. Der Minister des Auswärtigen Lord Curzon erklärte im Oberhaus in Erwiderung auf das Ersuchen einiger Mitglieder nach Einschränkung der Ausgaben Großbritanniens in Mesopotamien: Die Rücknahme Mesopotamiens wäre ein Widerspruch mit Ehre und Pflicht und mit den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage.

Zur Lage in der Türkei.

Amsterdam, 30. Juni. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß Mustafa Kemal sich selbst zum Oberbefehlshaber der Nationalen ernannt und eine allgemeine Vermögensabgabe angeordnet haben soll.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 30. Juni. Der Sitzungssaal des Herrenhauses, in dem die erste Versammlung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattfindet, ist bis auf den letzten Platz besetzt. Am Regierungstisch Reichsanwalt Fehrenbach und die Minister Koch und Scholz, ferner Reichswirtschaftspräsident Lohse. Nachdem Kommerzialrat Vamborg als Alterspräsident die Sitzung eröffnet hat, begrüßt die Versammlung und sagt:

Reichskanzler Fehrenbach

Die Reichsverfassung hat sich das ideale Ziel gesetzt, die Gleichberechtigung aller in der Wirtschaft tätigen Kräfte bei der Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation herbeizuführen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist ein wichtiges Glied zur Verwirklichung dieses Zieles. Nach seiner Zusammensetzung und seinen Aufgaben stellt er eine Feuerprobe unter den Parlamenten der Welt dar. Der Zusammenschluß von wirtschaftlich gleichgerichteten Personen ist den Deutschen nicht fremd. Wir finden ihn verwirklicht in unseren Wirtschaftsgenossenschaften, Zünften, Gilden und Gewerkschaften. Die Revolution hat auch den Arbeitnehmern den Weg zur Einwirkung auf den Produktionsprozeß freigemacht. Im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft sollen sie ihre Aufgaben in den Dienst der Weiterentwicklung der Wirtschaft stellen, um Freude am Schaffen daraus zu gewinnen. Dieser aufgebende politische Faktor ist neu. Neu ist auch die Aufgabe, die dem Reichswirtschaftsrat gestellt ist. Er soll das Reichsparlament entlasten. Er ist nicht zusammengefaßt aus rein zufälligen Vertretern von Wirtschaftspraktikern, sondern in ihm sind planmäßig und verfassungsgemäß alle Kreise unseres Wirtschaftslebens vertreten. Ihm liegt die Aufgabe ob, entsprechend dem Artikel 105 eine rein wirtschaftliche Vorkommission auszubauen, wie sie heute noch nicht besteht. Sie zu schaffen, wird eine Aufgabe der nächsten Monate sein. Die wirtschaftliche Lage ließ es der Reichsregierung geboten erscheinen, sich auch die wirtschaftliche Hilfe des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bei den schweren Proben zu sichern, denen die deutsche Wirtschaft in den nächsten Monaten ausgesetzt sein wird. Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat wird die Bedeutung anzuwachen, die er sich selbst zu geben weiß. Er muß sich bewußt sein, daß der wirtschaftliche Fortschritt heute weniger Sache des Einzelnen ist und daß es notwendig ist, daß der Einzelne lernt, sich den Interessen des Ganzen einzufügen. Möge dieses erste Wirtschaftsparlament der Welt den Grundstein legen, auf dem wir weiter bauen zum Wohle des Vaterlandes. (Veh. Beifall.)

Danach nimmt der Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Geschäftsordnung an. Es folgt die Wahl des Präsidiums.

Die Arbeitgeder schlagen Oskar v. Braun, Unterstaatssekretär a. D., Vorstandmitglied des Reichsanwaltes der Deutschen Landwirtschaft, vor. Er wird mit 224 Stimmen gewählt. 68 Stimmzettel sind unbeschriftet. Er übernimmt die Leitung der Versammlung und erklärt: Ein großer Teil Deutschlands liegt auf den Reichswirtschaftsrat mit der Hoffnung, daß er die Verbindung und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens fördern wird. Wir werden alle Kräfte anspannen müssen, wenn wir die in uns gesteckten Erwartungen erfüllen wollen. Wir wollen mit frischem Mut und Vertrauen an die Arbeit gehen in der Überzeugung, daß es gilt, wirtschaftliche Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu behandeln und zu lösen. Wir wollen versuchen, die Interessengegensätze auszugleichen. Als Vorsitzender werde ich bemüht sein, dahin zu wirken, daß hier keine Redeturniere stattfinden, daß keine Reden zum Fenster hinaus gehalten werden, sondern daß sachlich gearbeitet wird. (Vehafter Beifall.)

Zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden wird dann als Vertreter der Arbeitnehmer der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Vagler mit 213 Stimmen bei 42 Enthaltungen gewählt. Darauf folgt die Wahl der sieben Vizepräsidenten und der Schriftführer. Dann wurde ein wirtschaftspolitischer Ausschuss gebildet, dem 30 Mitglieder angehören, u. a. Dr. Abide, Hugo Stinnes, Rudolf Wissell, Adolf Cohen, Abg. Que, Abg. Dr. Frenkel, Abg. Kleinath, August Müller und Georg Bernhardt. Weiter wurde ein sozialpolitischer Ausschuss von 30 Mitgliedern, ein Geschäftsordnungs-Ausschuss von 12 Mitgliedern und ein Wahlprüfungs-Ausschuss mit 4 Mitgliedern eingesetzt. Der Vorsitzende teilte mit, daß der wirtschaftspolitische Ausschuss wegen der Entsendung von Vertretern nach Spa sich möglichst bald konstituieren muß. -- Eingegangen ist ein Antrag Wissell, nach dem die Schließung von Betrieben mit volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden so schwerwiegend der Art verbunden ist, daß es unumgänglich geboten erscheint, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Den Antrag wird dem wirtschaftspolitischen Ausschuss überwiesen und soll morgen im Plenum beraten werden.

Wie verlautet, wird der Reichswirtschaftsrat sich nach der morgigen Sitzung verlagern und seine Arbeiten erst wieder aufnehmen, wenn die deutschen Vertreter von Spa zurückgekehrt sind.

(Für einen Teil des Beser wiederholt.)